



Liebe Freundinnen und Freunde,

ich möchte Euch heute wieder von der Landtagssitzung und von meiner Ausschussarbeit berichten.

28., 29. und 30. Landtagssitzung

Aktuelle Stunde

Auf Antrag der LINKEN wurde in einer hitzigen Debatte das Thema „Keine Rüstungsexporte aus M-V – Alternativen für betroffene Wirtschaftsstandorte schaffen“ diskutiert. Die Botschaft der LINKEN lautete: Der Bau der Patrouillenboote für Saudi-Arabien muss beendet werden. Alle anderen Fraktionen wiesen den Antrag zurück.

Von einem Exportverbot wären hunderte hochspezialisierte Arbeitsplätze betroffen, betonte Patrick Dahlemann. Deswegen forderte er für die Mitarbeiter der Werft und der Zulieferbetriebe einen doppelten Vertrauensschutz. Die Menschen müssen darauf vertrauen können, dass die fertiggestellten Schiffe auch tatsächlich abgeliefert werden dürfen. Gleichzeitig müssen sie darauf vertrauen können, dass die Boote auch nur für den Zweck eingesetzt werden, für den sie gebaut wurden, nämlich den Schutz der Küsten Saudi-Arabiens. Am Ende entscheidet aber nicht die Landesregierung, sondern der Bundessicherheitsrat.

Anträge

Das FAG sorgt für mehr finanzielle Gerechtigkeit

Mit den Stimmen von SPD und CDU sowie AfD und BMV wurde das neue Finanzausgleichgesetz beschlossen.

Das FAG 2018 ist ein richtiger Schritt zu mehr finanzieller Gerechtigkeit für die Kommunen. Jährlich fließen rund 120 Mio. € mehr an Landesmittel und weitergegebene Bundesmittel an die Kommunen. Der Entschuldungsfonds wurde zeitlich so erweitert, dass auch garantiert das gesamte Geld abfließt und der kommunalen Ebene zu Gute kommt. Im Zuge der Beratung gab es die Befürchtung, dass nicht alle Gelder abfließen, weil viele Kommunen die Voraussetzungen in den zu Grunde gelegten Basisjahren nicht erfüllten. Diese Basisjahre konnten schließlich ausgeweitet werden auf die Jahre 2017 und 2018, so dass das Geld komplett in der kommunalen Ebene verbleibt.

Wir haben schon die nächste Novellierung im Blick: Die Koalition hat eine Entschliebung für das FAG 2020 beschlossen.

Mehr Prüfrechte für Landesrechnungshof

Der Landtag reagierte auf Ergebnisse des Rechnungshofes zu den kommunalen Sozialausgaben und erweiterte die Prüfungsrechte der Behörde beim sachgerechten Einsatz von Geldern in der Sozial- und Jugendhilfe oder der Kinderbetreuung. Die Änderungen im Kommunalprüfungsgesetz fanden eine breite Zustimmung, nur die LINKEN enthielten sich.

NPD den Geldhahn zudrehen

Einstimmig hat sich der Landtag dafür ausgesprochen, dass die NPD kein Geld mehr aus der staatlichen Parteienfinanzierung erhalten soll. Das Bundesverfassungsgericht hatte die NPD zwar nicht verboten, aber den Hinweis gegeben, dass eine verfassungsfeindliche Partei nicht auch noch finanziert werden müsse. Ende Januar wird der Bundesrat über eine entsprechende Initiative entscheiden.

Zukunft der EU-Förderungen muss dringend geklärt werden

Anlässlich der Debatte über die regionale Entwicklungspolitik der EU erklärt Jochen Schulte, dass M-V seit 1991 mit rund 10 Mrd. Euro erheblich von der Förderung durch die EU profitiert. Doch nach dem „Brexit“ werden jährlich geschätzte 12 bis 14 Milliarden Euro im Haushalt fehlen.

Offenbar wird deswegen überlegt, dass in Zukunft nur noch Vorhaben mit Mitteln aus den EU-Töpfen gefördert werden sollen, die einen „europäischen Mehrwert“ mit sich bringen. Nach den Vorstellungen der Kommission soll der nächste Mehrjährige Finanzrahmen noch vor der Europawahl 2019 verabschiedet werden. Deshalb müssen wir jetzt für unsere Vorstellungen werben.

Es ist wichtig, dass die Konferenz der Regierungschefs sich im kommenden März in Brüssel mit dem Thema des anstehenden mehrjährigen Finanzrahmens beschäftigt. M-V muss hier offensiv seine Interessen vertreten.

Spitzenplatz im Tourismus durch Investitionen in Angebote und Personal verteidigen

In der Aussprache zum Thema „Spitzenplatz im Tourismus verteidigen“, die wir beantragt hatten, war es uns wichtig zu betonen, dass auch weiterhin Familien mit schmalen Budgets in unser Land kommen, um Urlaub zu machen. Wir wollen das Urlaubsland für alle Bevölkerungsgruppen bleiben.

Dennoch muss jetzt in anspruchsvollere touristische Angebote investiert werden. Da sind vor allem die Unternehmen in der Pflicht. In den zurückliegenden Jahren hat das Land erheblich touristische Infrastruktur und auch Unternehmen gefördert. Inzwischen sollten diese Unternehmen ausreichend Rücklagen gebildet haben, um nun selber in Qualität zu investieren.

Die SPD-Fraktion würde es begrüßen, wenn die Verkehrsbetriebe auch außerhalb der Schulzeiten einen attraktiven Nahverkehr aufrechterhalten. Entscheidend ist aber, dass die Beschäftigten im Hotel- und Gastgewerbe eine anständige Entlohnung erhalten müssen. Mit unattraktiven Arbeitszeiten zu Mindestlöhnen wird man nicht das Personal bekommen oder halten, das man braucht, um den gehobenen Ansprüchen der Gäste zu genügen

Ruf nach größeren Abständen von Windkraftanlagen ist Scheindebatte

Der Landtag hat erneut über die Abstandsregelungen von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung debattiert.

Wer eine sogenannte 10-H-Regelung verlangt, will eigentlich verhindern, dass überhaupt noch Windkraftanlagen in unserem Land aufgestellt werden können. Denn Eignungsgebiete, die mindestens 2000 Meter von jeder Wohnbebauung entfernt liegen und effiziente Windparks erlauben würden, gibt es bei uns nicht. Den Gegnern geht es also nicht darum weniger Windräder aufzustellen, sondern darum, überhaupt keine Anlagen zu genehmigen. Aber wenn sie keine Windenergieerzeugung wollen, dann müssen sie den Menschen auch sagen, woher denn der Strom kommen soll. „Die selbsternannte Alternative erzählt immer gern, was sie nicht will. Aber wirkliche Alternativen, die sucht man bei ihr vergebens“, betonte Rainer Albrecht in seiner Rede in Richtung AfD.

Für berufliche Bildung müssen alle Partner Verantwortung übernehmen

Der Landtag hat über die Möglichkeiten zur Förderung von Auszubildenden debattiert.

Neben gut ausgestatteten Beruflichen Schulen und gut ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern müssen wir gute Übergänge von den allgemein bildenden Schulen zu den Beruflichen Schulen organisieren. Das heißt, eine langfristige Berufsorientierung. Es muss uns gelingen, dass alle die für die Berufliche Ausbildung in unserem Bundesland Verantwortung tragen, dieser auch gerecht werden.

Aber es liegt auch in der Verantwortung der Wirtschaft, dass die Auszubildenden durch eine faire Vergütung ihre allgemeinen Lebenshalts- und Ausbildungskosten bestreiten können. Dafür arbeiten diese ja auch tatkräftig in den Ausbildungsbetrieben mit. Es sollte daher im Interesse der Wirtschaft liegen, Jugendliche mit attraktiven Ausbildungsbedingungen und Beschäftigungsperspektiven für die jeweilige Branche zu begeistern. Angesichts des demographischen Wandels wird der Wirtschaft immer bewusster, dass die Zeit der Billig-Löhne und Ausbildungsvergütungen in M-V vorbei ist.

Meine Ausschussarbeit

Finanzausschuss

Im Januar wurde auf Vorschlag der AfD Dr. Gunter Jess als neuer Vorsitzender des Finanzausschusses eingesetzt. Die Nachbesetzung war notwendig, da der frühere Ausschussvorsitzende Bernhard Wildt, nach dessen Austritt aus der AfD und der Gründung der Fraktion der BMV als Vorsitzender seitens der Fraktion der AfD zurückgezogen worden war.

Der Finanzausschuss hat zwei Beschlussempfehlungen für den Landtag erarbeitet. Er empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen, M-V, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein

zur Begründung einer länderübergreifenden gebündelten Verfahrensbetreuung durch die Steuerverwaltungen in unveränderter Fassung anzunehmen.

Die zweite Beschlussempfehlung betrifft den Gesetzentwurf der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezügen 2018 und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften.

Bildungsausschuss

Gerichtsurteil zum Denkmalschutz und „Umgestaltung der gymnasialen Oberstufe“ beschäftigten Ausschuss

Das Bildungsministerium hat über ein Urteil des Verwaltungsgerichts Schwerin zur Rechtmäßigkeit denkmalschutzrechtlicher Nebenbestimmungen und möglichen Konsequenzen für das Denkmalschutzgesetz M-V unterrichtet. Das Verwaltungsgericht hat entschieden, dass das Denkmalschutzgesetz keine Ermächtigungsgrundlage für Auflagen zur Sicherstellung und Bergung vermuteter Bodendenkmale zu Lasten des Bauherrn enthält. Das Ministerium hat darauf hingewiesen, dass es sich um ein erstinstanzliches Urteil handelt, welches eine Bindungswirkung nur im konkreten Einzelfall entfalte. Im Hinblick auf die geplante Novellierung des Denkmalschutzgesetzes werde eine Gesetzesänderung und Schaffung einer entsprechenden Ermächtigungsgrundlage in diesem Punkt in Erwägung gezogen. In zehn Bundesländern gebe es bereits ähnliche Regelungen. Eine abschließende Entscheidung sei noch nicht getroffen worden.

Weiterhin berichtete das Bildungsministerium über die Landeskulturkonferenz. Im November 2017 wurde unter dem Titel „Kulturland M-V – Perspektiven für die neue Wahlperiode“ ein Prozess initiiert, mit dem Kunst und Kultur noch stärker in das Bewusstsein der Menschen gerückt werden soll. Im Anschluss diskutierten die Abgeordneten mit dem Ministerium die Verwaltungsvorschriften zu Schulwanderungen und Schulfahrten sowie zum Umgang mit Klassenbüchern, Kurs- und Nachweisheften sowie Notenbüchern- und listen.

Ausschuss der Regionen

17. Fachkommissionssitzungen NAT und ECON in Brüssel

Vom 22.-23. Januar 2018 nahm ich an den beiden Fachkommissionssitzungen für Natürliche Ressourcen (NAT) sowie Wirtschaft (ECON) des Ausschusses der Regionen (AdR) in Brüssel teil.

Nach einer Debatte mit EU-Kommissar Andriukaitis über die Zukunft der Gesundheitssysteme innerhalb der EU und einem Bericht über den Stand der Absichtserklärung zwischen dem AdR und der Weltgesundheitsorganisation wird sich die Fachkommission NAT unter anderem mit den Auswirkungen der Haushaltsverhandlungen auf die künftige Gemeinsame Agrarpolitik, der Halbzeitüberprüfung der EU-Forststrategie, dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds nach 2020 und dem „Jahr des Tourismus EU-China 2018“ befassen.

In der Fachkommission ECON wird die Initiativstellungnahme zur Europäischen Industriestrategie, zum Vorschlag für einen Europäischen Verteidigungsfonds und zum EU-Handelspaket im Zentrum der Beratungen stehen.

Außerdem wird eine Orientierungsdebatte zur Änderung des Programms zur Unterstützung von Strukturreformen (SRSP) neue Haushaltsinstrumente für das Euro-Währungsgebiet stattfinden sowie bezüglich des Pakets „öffentliche Auftragsvergabe“.

Soweit das Neueste von mir aus dem Landtag.

Herzliche Grüße



Tilo Gundlack